

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der EU (Umwelt) am 16. Oktober 2023 in Luxemburg

Am 16. Oktober 2023 fand die erste formelle Ratstagung (Umwelt) unter spanischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Teresa Ribero Rodriguez, dritte Vizepremierministerin und Ministerin für den Ökologischen Übergang und demografische Herausforderung. Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission war durch VP Maroš Šefčovič (Ein europäischer Grüner Deal), Kommissar Wopke Hoekstra (Klimaschutz) und Kommissar Virginijus Sinkevičius (Umwelt, Meere und Fischerei) vertreten.

Die Tagesordnung sowie die Liste der nicht-legislativen A-Punkte wurden ohne Änderung angenommen.

Bevor es zur ersten inhaltlichen Diskussion kam, unterstrich die Vorsitzende die Bedeutung der Umwelt- und Klimapolitik im Rahmen des spanischen Vorsitzes und hieß VP Maroš Šefčovič (Ein europäischer Grüner Deal) sowie Kommissar Wopke Hoekstra (Klimaschutz) in ihren neuen Rollen und bei der Sitzung willkommen. Die Europäische Kommission bekräftigte ihr Engagement zur Umsetzung des Europäischen Grünen Deals und begrüßte die zahlreichen Erfolge in den letzten Jahren. Sie verwies auch auf die Erwartungen der EU-Bürger:innen und unterstrich die notwendigen weiteren Anstrengungen zur Umsetzung der laufenden Initiativen sowie neuer bzw. kommender Initiativen im Rahmen der laufenden Legislaturperiode. Es gehe neben dem Schutz der Umwelt, des Klimas und der menschlichen Gesundheit auch um die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der EU.

Die Diskussion zur Aktualisierung des national festgelegten Beitrags der EU (NDC) zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC)

fokussierte sich auf die Frage der möglichen Übererreichung des EU-Klimaziels für 2030 durch die konsequente Umsetzung des Fit-für-55-Pakets. Obwohl die Mehrheit der Mitgliedstaaten eine explizite Referenz auf 57% unterstützen konnten, wurde der Text intensiv diskutiert, um Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten herstellen zu können. Nach intensiven Verhandlungen wurde ein Kompromissvorschlag des Vorsitzes für Abs. 9 ohne konkrete zahlenmäßige Angabe zur Überreichung vorgelegt. Der Rat nahm die Aktualisierung des EU-NDC (mit der Änderung in Abs. 9) einstimmig an.

Die Schlussfolgerungen in Vorbereitung der Position der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur 28. Vertragsstaatenkonferenz der UNFCCC (COP 28) fokussieren sich auf die politischen Eckpunkte der Verhandlungsposition der EU und ihrer Mitgliedstaaten und sind grob in vier Kapitel („Urgency of Climate Action“, „Enhancing Action, Ambition, Opportunities and Support“, „Delivering in Dubai“ und „Other International Organizations and Processes“) unterteilt. Zu den Schlussfolgerungen verwies der Vorsitz auf die Führungsrolle der EU in den internationalen Klimaverhandlungen und unterstrich daher die Bedeutung einer klaren und ambitionierten Botschaft der EU mit dem Plädoyer zur Kompromissbereitschaft bezüglich der offenen Aspekte zum Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und deren Beanreizung in Abs. 14, sowie globalen Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Abs. 15. Zu Abs. 15 äußerten sich die meisten Mitgliedstaaten positiv bzgl. der globalen Zielen. Einige Mitgliedstaaten wünschten sich zudem im (bereits vorab akkordierten) Abs. 28 eine Ergänzung, um die fossile Brennstoffindustrie stärker im Rahmen der Klimafinanzierungsbemühungen für besonders vulnerable Gebiete einzubinden. Nach langwierigen informellen Konsultationen und zwei weiteren Diskussionsrunden einigte man sich auf einen Kompromissvorschlag des Vorsitzes zu Abs. 14, 15 und 28. Zudem wurde Abs. 17 an die Sprache des Kompromissvorschlags des Vorsitzes für Abs. 9 des EU-NDCs angepasst. Der Rat nahm die Schlussfolgerungen in Vorbereitung der COP28 einstimmig an.

Der vom Vorsitz vorgelegte Text für eine Allgemeine Ausrichtung zur VO zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge wurde intensiv diskutiert. Nach zwei weiteren Verhandlungsrunden und Vorschlägen des Vorsitzes konnte ein Kompromiss gefunden werden. Der Kompromissvorschlag beinhaltete neben der Verschiebung des 100%-Ziels für neue Stadtbusse auf 2035 und einem zusätzlichen Zwischenziel von 85% für 2030 auch die Erwähnung der Konnektivität zu Drittstaaten sowie die Analyse eines Carbon Correction Factors im Rahmen der Überprüfungs Klausel. CZ und SK enthielten sich der Stimme. PL konnte nicht zustimmen. DE und SE kündigten Protokollerklärungen an. Mit diesen Änderungen konnte der Rat mit qualifizierter

Mehrheit eine Allgemeine Ausrichtung zur VO über die Festlegung von CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge annehmen.

Die vom Vorsitz angestrebte Allgemeine Ausrichtung zur RL über die Behandlung von kommunalem Abwasser konnte mit großer Mehrheit erzielt werden. Alle sich zu Wort meldenden Mitgliedstaaten unterstützen den Kompromisstext, außer drei Delegationen: BG und EE enthielten sich, HU stimmte gegen den Text. Eine kleine Gruppe von Mitgliedstaaten (DE, MT, LV, EE) kündigte an, Protokollerklärungen einreichen zu wollen. Die Allgemeine Ausrichtung wird das Mandat des Rates für künftige Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens darstellen.

Unter „Sonstiges“ stellte die Europäische Kommission die vor kurzem veröffentlichten Legislativvorschläge zur Überarbeitung der RL zur Änderung der RL 2008/98/EG über Abfälle im Lebensmittel- und Textilbereich und zur VO über die Vermeidung von Verlusten von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Verschmutzung durch Mikroplastik näher vor. Weiters informierte die Kommission über die Empfehlung zur Verbesserung der Rückgabequote von gebrauchten und defekten Mobiltelefonen, Tablets und Laptops sowie über die Ostseekonferenz „Our Baltic“, die am 29.09.2023 in Palanga, LT, stattfand. Ebenso wurde über den Sachstand der Nationalen Energie- und Klimapläne (NEKP) informiert.

Weiters verwies IT, unterstützt von EL und PT, auf Bedenken und Fragen zur Umsetzung des EHS (Richtlinie 2023/959) für den Seefrachtverkehr. Dabei sprachen sich mehrere Mitgliedstaaten (IT, EL, PT, MT, CY, BE) für eine zeitnahe Anwendung der vorgesehenen Überprüfung bzw. Ausgleichsmaßnahmen aus. PL informierte über seine Bedenken und Fragen zu den Auswirkungen des überarbeiteten EU-EHS und der Energiepreise auf die Klimapolitik der EU. Außerdem informierte SI über die geplante 23. Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Barcelona (COP 23), die von 4.-8.12.2023 in Portorož, SI, stattfinden wird. EL, unterstützt von IT und PT, verwies auf die Bedeutung der Hochwasserrichtlinie als Präventionsinstrument während der jüngsten Überschwemmungen in EL. EL informierte über die für 16./17.4.2024 geplante 9. Konferenz „Unser Ozean“ in Athen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

6. Dezember 2023

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin